

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Dr. Marx (Kaiserslautern), Franzen,
Leicht, Becker, Dr. Süsterhenn, Holkenbrink
und Genossen**

**betr. Rechtsstellung und soziale Sicherung der bei
den in der Bundesrepublik stationierten Alli-
ierten Beschäftigten**

Der Bericht der Bundesregierung vom 17. September 1965 über die soziale Sicherung der bei den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten alliierten Streitkräften beschäftigten zivilen Bediensteten – Drucksache IV/3796 – enthält eine Reihe von Tatsachen, die zum Teil umstritten sind bzw. von den Betroffenen als unzureichend empfunden werden. Auch ist über die Tätigkeit der Bundesregierung im Hinblick auf Absatz 1 des Bundestagsbeschlusses vom 23. Juni 1965 (siehe auch Drucksache IV/3501) nichts bekanntgeworden.

Wir fragen daher die Bundesregierung,

1. ob sie Vorbereitungen getroffen hat, „um mit den Vertragspartnern des NATO-Truppenstatuts und seiner Zusatzvereinbarung Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die Souveränität auch hinsichtlich der Rechtsstellung der bei den Alliierten Beschäftigten herzustellen“,
2. welcher Art diese Vorbereitungen sind,
3. ob sie bereit ist, gemäß Artikel 82 des Zusatzabkommens noch vor dem 1. Juli 1966 die Verhandlungen mit den Alliierten aufzunehmen und wegen der Dringlichkeit des Problems dem Bundestag möglichst bald abschließend zu berichten.

Bonn, den 24. November 1965

Dr. Marx (Kaiserslautern)
Franzen
Leicht
Becker
Dr. Süsterhenn
Holkenbrink
Dr. Frerichs
Dr. Giuliani
Gottesleben

Haase (Kassel)
Hanz (Dahlen)
Hauser (Bad Godesberg)
Dr. Hauser (Sasbach)
Dr. Hofmann (Mainz)
Frau Klee
Dr. Klepsch
Rommerskirchen
Stahlberg